

# Zusammenfassung der Arbeitsgruppenergebnisse

## Vorwort

Die 2. Hertensteiner Gespräche fanden bereits Unterstützung seitens der Europa-Union Deutschland und der Union Europäischer Föderalisten. Der Ablauf der Gespräche wurde beibehalten, die Themen aber gemäß eines Vorschlags der ersten Hertensteiner Gespräche um ein weiteres nunmehr viertes Thema ergänzt. Zusätzlich erklärten sich die Volksbank Heilbronn und auch ARKUS Heilbronn, die jeweiligen Bereitsteller der beiden Örtlichkeiten, als Kooperationspartner mitzumachen.

Für die Vorbereitung der zweiten Hertensteiner Gespräche konnten Christian Moos (Berlin), Josip Juratovic MdB (Heilbronn), Michael Georg Link MdB (Heilbronn), Florian Ziegenbalg (Stuttgart), Leonhard Reinwald (Heilbronn) sowie Bettina und Heinrich Kümmerle (Heilbronn) gewonnen werden.

Als weitere Unterstützer der Hertensteiner Gespräche kamen dann noch Wolfgang Wettach (Tübingen), der für die UEF präsent war, sowie die Protokollführer Corinna Heppe, Prof. Dr. Walther Heipertz (Heidelberg), Alexander Holder (Ludwigsburg), Noah Gnamm und Fabian Reinwald hinzu.

Leonhard Reinwald (JEF) und Heinrich Kümmerle (EUHN) luden die JEF Ludwigsburg (Alexander Holder) ein, bei den 3. Hertensteiner Gesprächen vom 21. und 22. September 2019 mit ins Boot zu kommen.

Für die Hertensteiner Gespräche wurden zudem in mehreren Gesprächskreisen folgende zukünftigen Eckpunkte festgelegt:

- + die Gespräche bleiben weiterhin hierarchielos wobei die Moderatoren nur eine koordinierende Funktion haben;
- + die samstäglichen Gespräche werden auf 120 Personen limitiert und die sonntägliche Schlussveranstaltung auf 400 Personen. Im Falle einer „Überbuchung“ haben Europäische Föderalisten den Vortritt,
- + der Ablauf der Gespräche bleibt gleich, für den Europäischen Abend wird nach einer Alternative gesucht, da die Gesprächsteilnehmer durch die vorherigen Diskussionen, dem Abend kaum noch folgen können, und die Schlussveranstaltung auf 11.30 Uhr bis max. 15.00 Uhr vorgezogen, um die Abreise externer Gäste zu erleichtern, ggf. wird noch ein gemeinsamer sonntäglicher Gottesdienst angeboten;
- + für den „Hertensteiner Kreis“ (Mitveranstalter) und die Organisatoren/Moderatoren wird am Freitagabend ein zusätzliches Arbeitsessen vorgesehen;
- + die Organisatoren stellen sich darauf ein, die Gespräche auch für Englischsprachige zu öffnen;
- + die ersten zehn Hertensteiner Gesprächsprotokolle werden bei den 11. Hertensteiner Gesprächen (2028) Grundlage der Diskussionen und dies mit dem Ziel ein entsprechendes Memorandum / Manifest zu erstellen. Heinrich Kümmerle merkt hierzu an: „Wir wollen die Demokratie ‚entschleunigen‘ und damit dem Bürger verständlicher machen.“

## Einleitung

Bei den 2. Hertensteiner Gesprächen wurden folgende vier Thematiken: „Zukünftige Struktur der EU als Europäischer Bundesstaat, u.a. Föderalismus & Demokratie“, „Rechtliche, religiöse und philosophische Grundlagen der EU“, „Der soziale Aspekt oder die soziale Ausgestaltung Europas, u.a. Integration, Inklusion und Assimilation“ und „Der Mensch, seine Bedürfnisse und Ängste als Triebfeder und Grenze von Politik“ diskutiert. Eine fünfte Thematik wurde während der Gespräche angeregt, bisher aber nicht realisiert, da die betroffene Person ihr Angebot zurückgezogen hat.

## Zukünftige Struktur der EU als Europäischer Bundesstaat, u.a. Föderalismus & Demokratie

Moderator war erneut Michael Georg Link MdB. Er legte als gemeinsame Gesprächsgrundlage die Wege zur Wahrung der Einheit in der EU27 vom 1. März 2017 vor:

*Wie von Präsident Jean-Claude Juncker in seiner Rede zur Lage der Union am 14. September 2016 angekündigt, legte die Europäische Kommission am 1. März 2017 ein Weißbuch zur Zukunft Europas als Beitrag zum EU-Gipfel in Rom am 25. März 2017 vor. Im Weißbuch werden fünf Szenarien beschrieben; jedes einzelne bietet einen Ausblick, wo die Union im Jahr 2025 stehen könnte – je nachdem, welchen Kurs Europa einschlägt. Die Szenarien decken verschiedene Möglichkeiten ab und dienen der Veranschaulichung. Sie schließen sich daher weder gegenseitig aus, noch sind sie erschöpfend.*

**Szenario 1: Weiter so wie bisher** - Die Europäische Union konzentriert sich auf die Umsetzung ihrer positiven Reformagenda

*Warum und wie?*

*In einem Szenario, bei dem die EU der 27 an ihrem Kurs festhält, konzentriert sie sich auf die Umsetzung und Aktualisierung ihrer derzeitigen Reformagenda. Dies erfolgt im Sinne der Politischen Leitlinien der Kommission „Ein neuer Start für Europa“ von 2014 und der Erklärung von Bratislava, die alle 27 Mitgliedstaaten im Jahr 2016 angenommen haben. Die Prioritäten werden regelmäßig aktualisiert, neu auftretende Probleme sofort angepackt und neue Rechtsvorschriften entsprechend ausgearbeitet.*

*Die 27 Mitgliedstaaten und die EU-Organe verfolgen somit eine gemeinsame Agenda. Das Tempo der Beschlussfassung hängt davon ab, wie rasch es gelingt, Differenzen auszuräumen, damit gemeinsame langfristige Prioritäten umgesetzt werden können. Die EU-Rechtsvorschriften werden regelmäßig überprüft, um festzustellen, ob sie weiterhin zweckmäßig sind. Überholte Rechtsvorschriften werden zurückgezogen.*

*Bis 2025 bedeutet dies:*

*Die EU27 legt den Schwerpunkt weiterhin auf Beschäftigung, Wachstum und Investitionen, indem sie den Binnenmarkt stärkt und mehr in die digitale Infrastruktur sowie die Verkehrs- und die Energieinfrastruktur investiert. Das Funktionieren der einheitlichen Währung wird weiter verbessert, um das Wachstum anzukurbeln und Schocks mit Ursprung innerhalb und außerhalb der EU zuvorzukommen.*

*Es werden weitere Schritte unternommen, um die Finanzaufsicht zu straffen, die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sicherzustellen und Kapitalmärkte weiterzuentwickeln, die die Realwirtschaft besser finanzieren.*

*Die Reform des Beihilferechts durch die Kommission stellt sicher, dass 90 % der staatlichen Beihilfemaßnahmen in den Händen der nationalen, regionalen und lokalen Behörden liegen.*

*Die Bekämpfung des Terrorismus wird entsprechend der Bereitschaft der nationalen Behörden zur Weitergabe nachrichtendienstlicher Erkenntnisse verstärkt. Die Verteidigungszusammenarbeit wird in Bezug auf Forschung, Industrie und gemeinsame Beschaffung vertieft. Die Mitgliedstaaten beschließen, bestimmte militärische Fähigkeiten zu bündeln und die finanzielle Solidarität für EU-Einsätze in Drittländern zu verstärken.*

*In der Außenpolitik wird zunehmend mit einer Stimme gesprochen. Die EU der 27 verfolgt aktiv den Abschluss von Handelsabkommen mit Partnern weltweit, ebenso wie sie dies auch heute schon tut. Das Management der Außengrenzen ist in erster Linie Aufgabe der einzelnen Länder; dank der operativen Unterstützung durch die Europäische Grenz- und Küstenwache wird jedoch die Zusammenarbeit verstärkt. Das Grenzmanagement muss kontinuierlich verbessert werden, um für neue Herausforderungen gewappnet zu sein. Wenn das nicht geschieht, kann es sein, dass bestimmte Länder möglicherweise gezielte Kontrollen an den Binnengrenzen beibehalten wollen.*

*Der EU27 gelingt es, die globale Agenda in einer Reihe von Bereichen positiv zu gestalten, wie etwa beim Klimaschutz, der Finanzstabilität und der nachhaltigen Entwicklung.*

*Pro und Kontra:*

*Die positive Agenda führt weiterhin zu konkreten Ergebnissen, wobei gemeinsame Zielvorstellungen die Grundlage bilden. Die sich aus dem Unionsrecht ableitenden Bürgerrechte bleiben gewahrt. Die Einheit der EU der 27 bleibt gewahrt, konnte aber bei*

## Hertensteiner Gespräche – 2. Hertensteiner Gespräche vom 22. bis 23. September 2018

*ernsthafte Differenzen wieder auf dem Spiel stehen. Nur wenn es den gemeinsamen Willen gibt, in den wirklich wichtigen Bereichen Ergebnisse liefern zu wollen, können wir die Kluft zwischen den Versprechen auf dem Papier und den Erwartungen der Bürger schließen.*

**Szenario 2: Schwerpunkt Binnenmarkt** – Die Europäische Union wird schrittweise wieder auf den Binnenmarkt ausgerichtet

*Warum und wie?*

*In einem Szenario, in dem die EU27 sich in vielen Bereichen nicht darauf einigen kann, mehr zu tun, richtet sie ihr Augenmerk zunehmend auf die Vertiefung bestimmter zentraler Aspekte des Binnenmarkts. In Bereichen wie Migration, Sicherheit oder Verteidigung gibt es keinen gemeinsamen Willen, stärker zusammenzuarbeiten.*

*Als Folge davon treibt die EU27 ihre Arbeit in den meisten Politikfeldern nicht weiter voran. Die Zusammenarbeit bei neu auftretenden Herausforderungen, die gemeinsame Interesse betreffen, wird häufig bilateral angegangen. Auch wird die Regulierungslast deutlich verringert, indem für jede neu vorgeschlagene Initiative zwei bestehende Rechtsakte zurückgenommen werden.*

*Bis 2025 bedeutet dies:*

*Das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts wird zur „Hauptdaseinsberechtigung“ der EU27. Weitere Fortschritte hängen von der Fähigkeit ab, sich auf die damit verbundenen politischen Maßnahmen und Standards zu einigen. Für den weiterhin zollfreien Kapital- und Warenverkehr erweist sich dies einfacher als für andere Bereiche.*

*Da der Schwerpunkt in hohem Maße auf dem Abbau von EU-Regulierung liegt, bleiben in Bereichen wie Verbraucher-, Sozial- und Umweltstandards sowie Steuern und Verwendung öffentlicher Subventionen Differenzen bestehen oder verschärfen sich. Dadurch entsteht das Risiko eines „Wettlaufs nach unten“. Auch die Einigung auf neue gemeinsame Vorschriften für die Arbeitnehmermobilität oder den Zugang zu reglementierten Berufen erweist sich als schwierig.*

*Freizügigkeit und freier Dienstleistungsverkehr sind somit nicht vollumfänglich gewährleistet.*

*Der Euro erleichtert zwar den Handel, doch zunehmende Divergenz und begrenzte Zusammenarbeit führen zu Anfälligkeiten. Infolgedessen werden die Integrität der einheitlichen Währung und ihre Fähigkeit, auf eine neue Finanzkrise zu reagieren, gefährdet.*

*Die unzureichende Kooperation in Sicherheits- und Migrationsfragen führt dazu, dass Reisende an nationalen Grenzübergangsstellen systematischer kontrolliert werden.*

*EU-interne Differenzen in Fragen des internationalen Handels erschweren Vertragsabschlüsse mit Partnerländern. Migration und bestimmte außenpolitische Fragen werden in zunehmenden Maße bilateral geregelt. Humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe sind den einzelnen Mitgliedstaaten überlassen. Die EU ist als Ganzes in einer Anzahl internationaler Foren nicht länger vertreten, da sie sich in Fragen, die für ihre globalen Partner relevant sind, nicht auf einen gemeinsamen Standpunkt einigen kann, wie zum Beispiel, wenn es um den Klimawandel, die Bekämpfung der Steuerhinterziehung, die Nutzung der Globalisierung und die Förderung des internationalen Handels geht.*

*Pro und Kontra:*

*Durch die Neuausrichtung der Prioritäten der EU müssen Meinungsunterschiede zwischen EU-Mitgliedstaaten bei neuen Themen oft bilateral und auf Einzelfallbasis beigelegt werden. Die sich aus dem Unionsrecht ableitenden Bürgerrechte könnten im Laufe der Zeit Einschränkungen erfahren. Zwar mag die Beschlussfassung leichter verständlich sein, doch ist die Fähigkeit zum gemeinsamen Handeln begrenzt. Dies könnte die Kluft zwischen Erwartungen und Ergebnissen auf allen Ebenen vergrößern.*

**Szenario 3: Wer mehr will, tut mehr** – Die Europäische Union ermöglicht es den Mitgliedsstaaten, in bestimmten Bereichen mehr zu erreichen

*Warum und wie?*

## Hertensteiner Gespräche – 2. Hertensteiner Gespräche vom 22. bis 23. September 2018

*Bei einem Szenario, bei dem die EU27 weitermacht wie bisher, einige Mitgliedstaaten aber gemeinsam mehr unternehmen wollen, formieren sich eine oder mehrere „Koalitionen der Willigen“, die in bestimmten Politikbereichen zusammenarbeiten. Dies kann Bereiche wie Verteidigung, Innere Sicherheit, Steuern oder Soziales betreffen.*

*Das bedeutet, dass neue Gruppen von Mitgliedstaaten spezifische Rechts- und Finanzregelungen vereinbaren, um ihre Zusammenarbeit in ausgewählten Bereichen zu vertiefen. Wie im Falle des Schengen-Raums oder des Euro kann dies auf dem bestehenden EU-Rahmen aufbauen, setzt aber die Präzisierung von Rechten und Pflichten voraus. Der Status der übrigen Mitgliedstaaten bleibt gewahrt; es steht ihnen unverändert offen, sich im Laufe der Zeit denjenigen anzuschließen, die weiter gehen.*

*Bis 2025 bedeutet dies:*

*Eine Gruppe von Mitgliedstaaten beschließt im Rahmen der bestehenden rechtlichen Möglichkeiten eine viel engere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung. Dies umfasst eine solide gemeinsame Grundlage für Forschung und Industrie, gemeinsame Vergabeverfahren, stärker integrierte Fähigkeiten und eine erhöhte Bereitschaft der Streitkräfte für gemeinsame Auslandseinsätze.*

*In den Bereichen Sicherheit und Justiz gehen mehrere Länder einen Schritt weiter und beschließen, die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Nachrichtendiensten auszubauen, indem sie im Kampf gegen organisierte Kriminalität und terrorismusbezogene Aktivitäten all ihre Erkenntnisse teilen. Dank einer gemeinsamen Staatsanwaltschaft ermitteln sie kollektiv in Fällen von Betrug, Geldwäsche sowie Drogen- und Waffenhandel. Sie beschließen, die Schaffung eines gemeinsamen Rechtsraums für Zivilsachen voranzutreiben.*

*Eine Gruppe von Ländern aus Mitgliedern des Euro-Währungsgebiets und möglicherweise einigen anderen Mitgliedstaaten entscheidet sich für eine deutlich engere Zusammenarbeit vor allem in den Bereichen Steuern und Soziales. Eine stärkere Harmonisierung von Steuervorschriften und Steuersätzen bewirkt geringere Rechtsbefolgungskosten und hält die Steuerhinterziehung in Grenzen. Vereinbarte Sozialstandards bieten den Unternehmen Sicherheit und fördern bessere Arbeitsbedingungen. Die Industrie arbeitet bei einigen hochmodernen Technologien, Produkten und Dienstleistungen enger zusammen und stellt gemeinsam Regeln für deren Nutzung auf.*

*Die 27 Mitgliedstaaten erzielen weitere Fortschritte bei der Stärkung des Binnenmarkts und seiner vier Freiheiten. Die Beziehungen zu Drittländern, einschließlich Handelsbeziehungen, werden weiterhin im Namen aller Mitgliedstaaten auf EU-Ebene gepflegt.*

*Pro und Kontra:*

*Die Einheit der EU mit 27 Mitgliedstaaten wird gewahrt; gleichzeitig können die Länder, die mehr machen wollen, enger zusammenzuarbeiten. Die sich aus dem Unionsrecht ableitenden Bürgerrechte weisen allmählich Unterschiede auf, je nachdem, ob sie in einem Land, das enger mit anderen Ländern zusammenarbeiten will, oder in einem anderen Land ausgeübt werden. Transparenz und Rechenschaftspflicht der verschiedenen Entscheidungsebenen geben allerdings zu Fragen Anlass. Die Kluft zwischen Erwartungen und Ergebnissen schließt sich allmählich in den Ländern, die mehr wollen und mehr tun.*

**Szenario 4: Weniger, aber effizienter** – Die Europäische Union konzentriert sich darauf, in ausgewählten Politikbereichen rascher mehr Ergebnisse zu erzielen, unternimmt in anderen Bereichen aber weniger

*Warum und wie?*

*In einem Szenario, in dem Einvernehmen darüber besteht, dass bei bestimmten Prioritäten die Zusammenarbeit verbessert werden muss, beschließen die EU27, ihre Aufmerksamkeit und begrenzten Ressourcen auf eine reduzierte Zahl von Bereichen zu konzentrieren.*

*Dadurch kann die EU27 in den ausgewählten prioritären Bereichen viel rascher und entschiedener handeln. Für diese Bereiche werden der EU27 wirksamere Instrumente an die Hand gegeben, um gemeinsame Entscheidungen unmittelbar um- und durchzusetzen, so wie es heute bereits in der Wettbewerbspolitik oder bei der Bankenaufsicht geschieht. In anderen Bereichen ist die EU27 nicht mehr oder in geringerem Umfang tätig.*

*Bei der Festlegung ihrer neuen Prioritäten bemüht sich die EU27, Versprechen, Erwartungen und Ergebnisse besser aufeinander abzustimmen. Ein typisches Beispiel für diese Diskrepanz ist der jüngste Abgasskandal: Von der EU wird weithin erwartet, dass sie*

## Hertensteiner Gespräche – 2. Hertensteiner Gespräche vom 22. bis 23. September 2018

*die Verbraucher vor Betrug durch die Hersteller schützt, obwohl sie weder die Befugnisse noch die erforderlichen Instrumente hat, um dies direkt und erkennbar zu tun.*

*Bis 2025 bedeutet dies:*

*Die EU27 intensiviert ihre Tätigkeit auf Gebieten wie Innovation, Handel, Sicherheit, Migration, Grenzmanagement und Verteidigung. Sie entwickelt neue Vorschriften und Durchsetzungsinstrumente, um den Binnenmarkt in wichtigen neuen Bereichen zu vertiefen. Sie richtet ihr Augenmerk auf Exzellenz in Forschung und Entwicklung und investiert in neue EU-weite Projekte zur Unterstützung der Dekarbonisierung und Digitalisierung.*

*Darunter fallen als typische Beispiele weitere Zusammenarbeit im Weltraumbereich, High-Tech-Cluster und die Verwirklichung regionaler Energie-Umschlagplätze. Die EU27 ist in der Lage, rasch über die Aushandlung und den Abschluss von Handelsvereinbarungen zu entscheiden. Die Zusammenarbeit zwischen den Polizei- und Justizbehörden in Sachen Terrorismus erfolgt systematisch und wird durch eine europäische Agentur zur Terrorismusbekämpfung erleichtert.*

*Das Management der Außengrenzen wird uneingeschränkt von der Europäischen Grenz- und Küstenwache übernommen. Sämtliche Asylanträge werden von einer gemeinsamen Europäischen Asylagentur bearbeitet. Gemeinsame Verteidigungskapazitäten werden eingerichtet.*

*Auf der anderen Seite wird die EU27 in Bereichen, in denen der Zusatznutzen ihrer Aktivitäten als eher begrenzt wahrgenommen wird oder davon ausgegangen wird, dass Versprechen nicht gehalten werden können, nicht mehr oder nur noch in geringerem Umfang tätig. Hierzu zählen Bereiche wie die Regionalentwicklung, die öffentliche Gesundheit oder Teile der Beschäftigungs- und Sozialpolitik, die für das Funktionieren des Binnenmarkts nicht unmittelbar relevant sind.*

*Die Kontrolle staatlicher Beihilfen wird zunehmend den nationalen Behörden übertragen. Neue Standards für den Verbraucher-, Umwelt- und Arbeitsschutz werden nicht mehr im Einzelnen harmonisiert; stattdessen wird die Harmonisierung auf ein striktes Mindestmaß begrenzt. In bestimmten Bereichen wird den Mitgliedstaaten größerer Experimentierspielraum eingeräumt. In den auf EU-Ebene geregelten Bereichen wird die Einhaltung der Vorschriften allerdings durch größere Durchsetzungsbefugnisse gewährleistet.*

*In anderen Bereichen werden weiterhin Schritte zur Konsolidierung des Euro-Währungsgebiets und zur Sicherung der Stabilität der gemeinsamen Währung unternommen. Das Gewicht der EU in der Welt verändert sich entsprechend der neuen Zuständigkeitsverteilung.*

*Pro und Kontra:*

*Letztlich trägt eine klarere Aufteilung der Zuständigkeiten dazu bei, dass die Bürger Europas besser verstehen, was auf EU27- und was auf nationaler und regionaler Ebene geregelt wird. Die sich aus dem Unionsrecht ableitenden Bürgerrechte werden in Bereichen, in denen wir mehr tun wollen, gestärkt, und in anderen Bereichen abgebaut. Dies hilft, die Kluft zwischen Versprechen und Ergebnissen zu schließen auch wenn in bestimmten Bereichen Erwartungen unerfüllt bleiben. Dies beginnt schon damit, dass der EU27 eine Einigung darüber, welche Bereiche vorrangig sein sollen oder in welchen weniger getan werden soll, wirklich schwerfällt.*

**Szenario 5: Viel mehr gemeinsames Handeln** – Die Europäische Union beschließt, auf allen Politikfeldern viel mehr gemeinsam zu machen

*Warum und wie?*

*In einem Szenario, in dem Einvernehmen darüber besteht, dass weder die EU27 so wie sie ist, noch die europäischen Länder allein ausreichend für die aktuellen Herausforderungen gerüstet sind, beschließen die Mitgliedstaaten, in allen Bereichen mehr Machtbefugnisse und Ressourcen zu teilen und Entscheidungen gemeinsam zu treffen.*

*Infolgedessen arbeiten alle Mitgliedstaaten auf allen Gebieten enger zusammen als je zuvor. In ähnlicher Weise wird auch das Euro-Währungsgebiet auf der Grundlage der Einsicht gestärkt, dass alles, was den an der gemeinsamen Währung beteiligten Ländern zugutekommt, auch für alle anderen vorteilhaft ist. Entscheidungen werden auf europäischer Ebene schneller getroffen und rasch umgesetzt.*

*Bis 2025 bedeutet dies:*

## Hertensteiner Gespräche – 2. Hertensteiner Gespräche vom 22. bis 23. September 2018

*Auf der internationalen Ebene spricht Europa in Handelsfragen mit einer Stimme und ist in den meisten internationalen Foren mit einem Sitz vertreten. Das Europäische Parlament hat bei internationalen Handelsabkommen das letzte Wort. Verteidigung und Sicherheit haben Priorität. In vollständiger Komplementarität mit der NATO wird eine Europäische Verteidigungsunion geschaffen. In Sicherheitsfragen wird routinemäßig zusammengearbeitet. Die EU27 ist im globalen Kampf gegen den Klimawandel nach wie vor führend und baut die Rolle als weltweit größter Geber humanitärer Hilfe und Entwicklungshilfe weiter aus.*

*Die weitreichende Außenpolitik der EU führt dazu, dass sie ihr gemeinsames Migrationskonzept ausbauen kann. Engere Partnerschaften und mehr Investitionen in Europas Nachbarländern und darüber hinaus erschließen wirtschaftliche Chancen, helfen bei der Steuerung regulärer Migration und beim Vorgehen gegen irreguläre Migrationswege.*

*Innerhalb der EU27 wird stark und ehrgeizig darauf hingearbeitet, den Binnenmarkt in den Bereichen Energie, Digitalisierung und Dienstleistungen zu vollenden. Dank gemeinsamer Investitionen in Innovation und Forschung entstehen mehrere europäische „Silicon Valleys“, in denen sich Cluster von Risikokapitalgebern, Start-ups, Großunternehmen und Forschungszentren ansiedeln. Vollständig integrierte Kapitalmärkte tragen zur Mobilisierung von Finanzierungsquellen für KMU und wichtige Infrastrukturprojekte in der gesamten EU bei.*

*Innerhalb des Euro-Währungsgebiets, aber auch in allen anderen Mitgliedstaaten, die sich anschließen wollen, werden fiskalische, soziale und steuerliche Fragen sowie die europäische Aufsicht über den Finanzdienstleistungssektor wesentlich stärker koordiniert. Die EU stellt zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung, um die wirtschaftliche Entwicklung anzukurbeln und auf regionaler, sektoraler und nationaler Ebene auf Schocks reagieren zu können.*

*Pro und Kontra:*

*Es wird wesentlich mehr und schneller auf EU-Ebene entschieden. Die Bürger genießen mehr Rechte, die sich direkt aus dem Unionsrecht ableiten lassen. Es besteht allerdings die Gefahr, dass sich Teile der Gesellschaft von der EU abwenden, die das Gefühl haben, der EU mangle es an Legitimität bzw. sie hätte den nationalen Behörden zu viel Macht abgenommen.*

Nach einer ersten Einführung in das Thema durch Michael Georg Link MdB wurden zwei Untergruppen gebildet, die sich weiter mit der Thematik vertieften. Gruppe 1 (Michael Georg Link MdB) und Gruppe 2 (Wolfgang Wettach)

### Gruppe 1 (Protokoll: Fabian Reinwald)

Für die zukünftige Struktur der EU wurden 5 verschiedene Szenarien vorgestellt, welche dann in zwei verschiedenen Gruppen diskutiert wurden, um sich auf ein Wunschscenario zu einigen.

Die fünf Szenarien basieren auf einem Weißbuch der Europäischen Kommission zur Zukunft Europas vom März 2017. Diese Szenarien lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. „Status Quo“: Alles bleibt mehr oder weniger beim alten, die Struktur der EU wird nicht über das bisherige Maß verändert.
2. Schwerpunkt Binnenmarkt: Die EU konzentriert sich auf die zentralen Aspekte des Binnenmarkts, in den meisten anderen Politikfeldern wird die Arbeit nicht mehr fortgesetzt.
3. Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten: Mitgliedsstaaten die gemeinsam mehr erreichen wollen können dies tun, es sind nicht alle Mitglieder zur Mitarbeit verpflichtet, sie steht ihnen allerdings frei. Teilweise ist dies schon vorhanden siehe Euro und Schengen.
4. Weniger, aber effizienter: Die EU erhält mehr Kompetenzen um sich in einzelnen Bereichen effektiver einbringen zu können. In als weniger notwendig erachteten Bereichen ist sie nicht mehr so stark aktiv.
5. Viel mehr gemeinsames Handeln: Die EU erhält deutlich mehr Ressourcen und Machtbefugnisse, es gibt eine engere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliederstaaten.

In der Gruppe wurden die ersten zwei Szenarien ziemlich schnell verworfen. Man ist der Meinung, dass der aktuelle Zustand der EU in der modernen und immer schnelleren Welt nicht ausreicht und eine Entwicklung notwendig ist. Sich nur auf den Binnenmarkt zu konzentrieren wurde als nicht ausreichend

Hertensteiner Gespräche – 2. Hertensteiner Gespräche vom 22. bis 23. September 2018  
erachtet um in der dynamischen Welt mitzuhalten, außerdem verkörpert die EU weit mehr als nur eine  
Stärkung des Handels.

Ein Europa mit verschiedenen Geschwindigkeiten verspricht eine schnellere Entwicklung bei der einzelne  
Staaten mit Vorbildfunktion die Funktion einzelner Projekte demonstrieren können. Außerdem ist es auch  
nicht immer möglich mit einer Stimme zu sprechen. Allerdings birgt diese Lösung auch einige Gefahren:  
kein Staat darf dafür verurteilt werden wenn er nicht teilnimmt, sonst kommt es zu internen Brüchen. Es  
sollen keine Außenseiter entstehen die dann benachteiligt werden. Eine spätere Mitarbeit muss möglich  
sein. Szenario 4 lässt einige Interpretationsmöglichkeiten offen, es wurde so verstanden, dass durch  
Mehrheitsentscheidungen eine effektivere Arbeit möglich wäre. Allerdings wäre dies bei einigen Bereichen  
wie der Verteidigung nicht möglich. Insgesamt wurde Szenario 5 als Ziel angesehen. Auch wenn es erst  
einmal utopisch erscheint, ist solch ein Ziel notwendig um in weiteren Diskussionen eine Richtung zu  
weisen. Um diesen Zustand zu erreichen soll der Weg über eine Kombination über die Szenarien 3 und 4  
führen. Sie sollen eine Grundlage schaffen auf der eine solch umfangreiche Zusammenarbeit möglich wird.

Ergänzend soll die Wichtigkeit der Subsidiarität erwähnt werden, die nicht unter den Tisch fallen darf und  
in Zukunft sorgfältig behandelt werden muss.

Weitere angesprochene Themen waren ein Informationsdefizit über die EU welche einem Mangel an  
Bildung zugrunde liegt. Dies öffnet radikalen Organisationen die Türen. Kritikern soll man dazu ermuntern  
das Bestehende zu verbessern anstatt nur dagegen zu sein.

Trotz dem Wunsch eine immer enger zusammenarbeitende EU zu bilden sollte die Vielfalt der  
Mitgliedstaaten verstanden werden und auch nicht davon ausgegangen werden, dass in jedem Land die  
Demokratie so funktioniert wie in Deutschland.

#### Gruppe 2 (Protokoll: Corinna Heppe)

##### 1. Einstieg & Klärung von Fragen:

- ➔ „Harmonisierung“ = Vereinheitlichung
- ➔ Welche Bedingungen kommen auf die EU zu? Bewertung der Szenarien schwierig!
  - Persönliche Schwerpunkte setzen, veränderte Prioritäten
  - Vereinbarungen sind immer ein „Geben und Nehmen“
  - Wie weit sollte sich die EU öffnen? Wie weit will die EU gehen?
  - An der Realität ansetzen, aber Visionen formulieren!

##### 2. Welchen Weg sollte die Kommission vorantreiben? (Abstimmung)

Szenario	Stimmen
1	0
2	0
3	4
4	3
5	3

##### 3. Ein 6. Szenario?

- ➔ Szenarien etwas statisch?
- ➔ Weitere Variante: es dynamisch sehen
- ➔ Schritte zerlegen unter dem Aspekt der „Machbarkeit“
  - Ziel unter dem Aspekt der Einheit ist das 5. Szenario: Idealzustand (aber ist es auch zukunftsfähig?)
  - Szenario 4 führt als Weg zu 5
  - Szenario 3 ist ein erster Schritt in Richtung 4

##### 4. Sicht der Bürger auf die Szenarien?

➔ Informationsdefizit!

- Dadurch andere, unbegründete Meinungen
- Bürger müssen mitgenommen statt übergangen werden!

➔ Die Szenarien würde man im Parlament anders schreiben:

- Verständnis: Europa ist gut, wenn es mehr Demokratie bedeutet
- Fehlende Lebensrealität: Politik hängt hinterher

**5. Die 5 Szenarien: Pro & Contra & Fazit**

Szenario	+	-	Fazit
1		- Reicht nicht aus! Bsp. Migration: Koalition der Willigen, aber es braucht mehr Bewegung - Entwicklung/Veränderung fehlt - zu eingefahren	Wollen wir nicht (mehr)!
2		- Ist zu wenig! - nur Binnenmarkt ist nicht die Daseinsberechtigung der EU - wäre ein Rückschritt Widerspricht dem europäischen Gedanken	Lehnen wir ab.
3	+ Bsp. Migration + Chancen?	- Risiken: führt evtl. zu Differenzen	Realistisch, denkbar in Kombination mit Szenario 5.
4	+ Übergang + Rechtliche Grundsatzbedingungen festlegen, aber nur bis zu einem bestimmten Grad (Bsp. Gurke)	- man schafft es evtl. nicht, alle ins Boot zu holen - schleichende Abschaffung der EU	
5	+ Demokratieerhalt (Kombi aus 3 & 5)	- Utopie, Illusion (unrealistisch) - zu streng - nicht zukunftsfähig	Wunschscenario! Einige Staaten haben dafür aber noch zu viele Probleme. Deshalb schrittweise da hin.

**6. Fazit**

- ➔ Kombi aus 3 & 5
- ➔ Bsp. Armee: nur für die Staaten, die es wollen
- ➔ In anderen Punkten gemeinsam agieren
- ➔ Informationskanäle und Bildung wichtig als Weg zur Vision
- ➔ EU hat eine Bringschuld: Information!



## Rechtliche, religiöse und philosophische Grundlagen der EU

Moderator war Leonhard Reinwald, welcher bereits im Jahr zuvor die entsprechende Vorgängergruppe zusammen mit Dr. Franziska Brandtner MdB moderiert hatte. Protokoll führte Noah Gnamm.

Als Grundlage für die Diskussionen bei den 2. Hertensteiner Gesprächen wurde durch die Gruppenmitglieder der 1. Hertensteiner Gespräche die folgende Aussage gebilligt: „Europas Grundlage ist die Vielfalt, die Toleranz auch gegenüber dem Andersdenkenden und die Erkenntnis, dass alle Menschen die gleichen Rechte und Chancen haben sollten.“

Bei der Erörterung der Grundlagen Europas konnte auf die Grundlagen aus der letzten Diskussionsrunde aufgebaut werden. Sinnigerweise wurde deshalb mit einer kurzen Zusammenfassung begonnen. Als zentrales Wesensmerkmal Europas stehen die Errungenschaften der Aufklärung wie die Toleranz gegenüber anderen Menschen und Weltanschauungen und somit das Individuum als Zentrum der Gesellschaft. Dies wird durch die Menschenrechte konkretisiert. Elementar ist somit auch die Rechtsstaatlichkeit ohne die verbriefte Rechte nur das Papier wert sind. Durch die große Bedeutung des Individuums folgt auch die Demokratie als Herrschaftsform beziehungsweise eher als Art des Zusammenlebens.

Aus diesen Werten ergibt sich auch keine Begrenzung Europas auf das geographische Europa, ebenso wenig wie eine Zugehörigkeit zur europäischen Idee allein aus der Lage auf dem europäischen Kontinent. Historisch spielte zudem das Christentum eine große Rolle für die Entwicklung des heutigen Europas, exemplarisch sei die Bedeutung der Gewissensfreiheit für die Bildung individueller Rechte, die aus einem Natur-/ göttlichem Recht abgeleitet wurden. Auch wenn schon im vergangenen Workshop angemerkt wurde, dass Philosophie häufig durch die normative Kraft des Faktischen geprägt wurde und die Wirkungskraft der Philosophie somit eher gering ist.

In der folgenden Diskussion wurde auf verschiedene Punkte hingewiesen. Das heutige Europa beruht auf der Grundlage vergangener Kriege und wurde gegründet, um militärische Auseinandersetzungen auf diesem Kontinent, unserem gemeinsamen Lebensraum, zu verhindern. Des Weiteren stellt die Europäische Union eine wirtschaftliche Notwendigkeit im Zeitalter der Globalisierung dar, wie Herr Käser anmerkte. Grenzfrierer Handel und ein gemeinsames Miteinander erleichtern das tägliche Leben von 500 Millionen Menschen. Dies ermöglicht einen nie gekannten Wohlstand wie Herr Steudel feststellte.

Die Solidargemeinschaft Europa sichert dabei ihre Menschen und Staaten gegen Gefahren ab, worauf Frau Hund hinwies. Herr Gnamm wies darauf hin, dass die gemeinsame Geschichte Europa zu einer Einheit geformt hat. Herr Quin erklärte Europa zu einem Vorbild für die Welt, dass nach zwei Weltkriegen interne Auseinandersetzungen gelöst habe und nun als Identitäts- und Kulturgemeinschaft fungiere. Herr Schirm wies auf die Bedeutung des Christentums als gemeinsame Klammer in der europäischen Geschichte hin.

Professor Heipertz wies daraufhin, dass die Frage nach den Grundlagen nicht nur „ideengeschichtlich“ beantwortet werden sollte. Man sollte nicht immer, wenn's eng wird, „Werte“ apostrophieren. Europa sei gewachsen im Zusammenwirken von Akteuren bzw. Nationen, deren politisch-kulturelle Eliten sich darüber auch immer wieder mittels Ideen, Rekurs auf Grundsätze, Ideale, „Lehren der Geschichte“ verständigt, gestritten, bekriegt, geeinigt und ausgetauscht haben. Tatsächlich weitertreibend sei dabei allerdings das Nicht-Nur-Luftschlossartige an Europa gewesen: sein tatsächliches – mehr oder weniger ideenkonformes - Funktionieren, seine Erfolge und seine Vorteile, auch wenn es aktuell gerade besonders modern sei, an Europa alle Nachteile der globalen Entwicklung festzumachen. Insofern wüssten manche Menschen einfach gar nicht mehr, wie sehr es Europa ist, was sie schätzen, aber paradoxerweise auch als

Hertensteiner Gespräche – 2. Hertensteiner Gespräche vom 22. bis 23. September 2018

Forderung gegen Europa erheben. Dies klug herauszuschälen und zu propagieren sei die Aufgabe aller Proeuropäer, nicht die ständige Verkündigung des Hoheliedes von Werten, Vielfalt, Eiapoepia, was den erstaunten Empfänger dieser Botschaft letztlich nur zum begriffsstutzigen und herzlosen Egoisten abstempelt, den man so natürlich nicht mehr gewinnen kann. Man solle mal weniger hervorheben dass Europa auf Grund gemeinsamer Werte und Traditionen, sondern als Zweckgemeinschaft zusammenarbeite – und das auch schon lange, weshalb es ja auch so viele gemeinsame ideelle und materielle Werte gibt. Herr Maser führte diesen Gedankengang fort und forderte deshalb eine vertiefte Zusammenarbeit Europas, um den ökonomischen Zwängen gerecht zu werden und mehr Wohlstand für alle zu schaffen. Herr Rapp war der Ansicht, dass Europa doch eine gemeinsame Idee sei, die verschiedene Aspekte habe. Bei wirtschaftlicher Integration würden trotzdem die Vielfalt Europas bewahrt, getreu des Sinnspruches der Europäischen Union „In Vielfalt geeint“.

Wie in den Lissabonner Verträgen festgeschrieben, sind die Menschenrechte das Fundament Europas. Das Haus auf diesen Fundamenten soll den Frieden bewahren und den Menschen, die darin leben, Wohlstand ermöglichen (Anmerkung: Im Christentum gibt es einige Gleichnisse mit Häusern, z.B. „auf Sand bauen“ oder „Gottes Haus hat viele Zimmer“).

## Der soziale Aspekt oder die soziale Ausgestaltung Europas, u.a. Integration, Inklusion und Assimilation

Die Moderation dieser Arbeitsgruppe wurde wie bei der Vorgängergruppe der 1. Hertensteiner Gesprächen von Josip Juratovic MdB übernommen. Protokollant ist Alexander Holder.

Herr Juratovic definiert zu Beginn die Vereinigten Staaten von Europa als Ziel. Man solle sich am amerikanischen Modell orientieren. Der Subsidiaritätsgrundsatz spiele dabei eine wichtige Rolle. Die Zusammenarbeit in der EU solle sich auf das konzentrieren was nötig sei, andere Mitgliedstaaten sollten nicht genötigt werden.

Herr Kohl stellt die Frage, ob sich die demokratischen Parteien beim Kampf für Europa zusammenraufen sollten, damit aber ggf. eine Art „Einheitsbrei“ darstellen würden oder ob sie ihre Unterschiedlichkeiten aufzeigen sollten.

Herr Juratovic führt aus, dass Demokratie Vielfalt brauche. Ein Einheitsbrei solle nicht entstehen. Es gehe um den Wettbewerb der Ideen. Mit ihren unterschiedlichen Programmen verfolgten die Parteien das gleiche Ziel: Das Wohl der Gesellschaft. Sozial, liberal, ökologisch und wirtschaftlich seien hierbei die wesentlichen Aspekte. Ein starkes Europa bei dem die unterschiedlichen Parteien eigene Akzente setzen. Im Gegensatz hierzu stünden die Autokraten, welche sich über Nationalität definieren und andere ausschließen.

Aktuell seien Parallelen zur Weimarer Republik erkennbar. Die AfD gehe ähnlich vor, wie es die Nationalsozialisten getan haben. Sie hätten kein Programm, würden dem Staat ständig Handlungsunfähigkeit vorwerfen und Ängste schüren. Insbesondere werde dabei die Flüchtlingsthematik herangezogen. Herr Juratovic führt aus, dass es in diesem Zusammenhang selbstverständlich zu Beginn chaotisch zugeht. Doch dank des Engagements Millionen von Helferinnen und Helfern ist es uns gelungen die Menschen in Not unterzubringen und durch verschiedene Maßnahmen der Herausforderung Herr zu werden.

## Hertensteiner Gespräche – 2. Hertensteiner Gespräche vom 22. bis 23. September 2018

Herr Juratovic gibt zu bedenken, dass man sich aktuell in Europa dem dritten und damit letzten Abschnitt vor dem Zerfall einer Gesellschaft befinde. Diese drei Abschnitte habe er selbst erlebt und er beschreibt sie wie folgt:

Im ersten Abschnitt herrsche politische Desorientierung. So sei es auch in Jugoslawien der Fall gewesen. In Europa wäre das ähnlich. Es sei unklar wo man hin wolle.

Der zweite Abschnitt zeichne sich durch Egoismus und Materialismus aus. Auf den eigenen Vorteil bedacht sei der Staat betrogen und ausgeplündert worden.

Der letzte und dritte Abschnitt sei durch die Verselbstständigung der Institutionen geprägt. Dies lege aktuell beim Sachverhalt Maaßen vor, sei aber auch bereits vorher der Fall gewesen. Herr Juratovic führt in diesem Zusammenhang das Gesetz 3+2 an. Hierbei sei festgelegt worden, dass Migranten in Deutschland 3 Jahre für ihre Ausbildung und im Anschluss 2 Jahre Zeit dafür haben eine Anstellung zu finden. Die praktische Umsetzung des Gesetzes sei dann in der Umsetzung in den Ausländerämtern und Regierungspräsidien gescheitert. U. a. aufgrund solcher Integrationshindernisse bestehe die Gefahr, dass sich Migranten ggf. radikalisieren. Deshalb ist es wichtig in Europa demokratische Werte und die Handlungsfähigkeit des Staates zu stärken.

Herr Schuppert weist auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa hin. Er wünscht sich ein hoffnungsvolles Bild für Europa, das er seinen Kindern und Enkeln vermitteln kann. Er regt an eine Neuauflage des Marshallplans in Europa durchzuführen.

Herr Juratovic erklärt, dass es eine Verjüngung der Politik brauche. Die „Alten“ würden die Entscheidungen treffen und die Posten besetzen. Ein fairerer Umgang mit den Jüngeren sei wünschenswert. Wenn von Erneuerung gesprochen werde, dann könnten dies nicht Personen verkörpern, die sich seit Jahrzehnten in der Partei engagieren. Das heißt, junge Menschen müssen stärker ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen, somit zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit beitragen. Dazu gehört auch ein solidarischer Marshallplan. Mit anderen Worten, dieser muss vor allen Dingen politisch gewollt sein.

Herr Wettach bekräftigt, dass sich die demokratischen Parteien nicht gemeinsam als Einheitsbrei als einzige Alternative zur AfD darstellen sollten. Die Grundrechte seien die Grundlage der demokratischen Parteien. Allerdings stünden diese untereinander im Wettbewerb.

Hinsichtlich der sozialen Ausgestaltung Europas weist er darauf hin, dass im Lissabonner Vertrag eine soziale Absicherung festgelegt worden sei.

Herr Moos ist der Auffassung, dass man sich aktuell in einem Dilemma befinde. Einerseits sei die Unterscheidbarkeit der Parteien wichtig, andererseits werde die liberale Demokratie der westlichen Welt angegriffen. Er ruft in Erinnerung, dass sich in der Weimarer Republik die Parteien untereinander beschäftigt und die Nationalsozialisten damit nicht entsprechend wahrgenommen hätten.

Bezüglich des Umfrageergebnisses der AfD weist Herr Kohl darauf hin, dass es damit immer noch 80 % gebe, die die AfD nicht wählen würden.

Herr Juratovic warnt davor, dass man sich von (Rechts-)Radikalen einschüchtern und deshalb nicht mehr für Demonstrationen auf die Straße gehe. Er gibt zu bedenken, dass die Sprache der AfD Ähnlichkeiten zu den Nationalsozialisten aufweise. Außerdem würden sie mit vielen Mitarbeitern intensiv über Twitter und andere soziale Medien werben. Demokratie braucht Haltung und eine laute Stimme, damit es deutlicher

Hertensteiner Gespräche – 2. Hertensteiner Gespräche vom 22. bis 23. September 2018

wird, dass das Volk nicht die 10 Prozent sind, die dies für sich allein in Anspruch nehmen, sondern vor allem die anderen 80 bis 90 Prozent der deutschen Bürgerinnen und Bürger.

Frau Müller stellt dar, dass die Menschen eine Zukunftsperspektive bräuchten und ihnen diese nicht gegeben werde.

Herr Juratovic führt aus, dass es noch nie einen Zugang zu so vielen Informationen gegeben hätte, trotzdem sei die Gesellschaft, auch die Jugend, noch nie so „verwirrend“ gewesen. Es fehle an klaren Orientierungen. Der Zusammenhang zwischen den Informationen sei nicht gegeben. Früher sei die Jugend noch auf die Straße gegangen, um für ihre Idealvorstellungen zu kämpfen. Heute gebe man viel zu schnell auf. In den Parteien fehle heute der Mittelbau, mit 59 Jahren gehöre er zur jüngeren Hälfte seiner Partei. Allgemein lege die Anzahl an Menschen, die sich in Deutschland aktiv an der Gestaltung des Landes beteiligen würden bei einem sehr geringen Prozentsatz; ebenfalls was die Mitgliedschaft in einer Partei angehe. Eine weitere Problematik stelle die Schnelligkeit unserer Gesellschaft dar. Man müsse schnell Entscheidungen treffen und gerate in die Gefahr nur noch zu reagieren.

Herr Schulz fragt wie die EU solchen Strömungen entgegenwirken könne und ob eine europäische Arbeitsversicherung hierfür ein guter Schritt sei.

An der EU kritisiert Herr Juratovic, dass 28 Einzelinteressen vertreten werden würden. Insbesondere sei dies bei der Europäischen Kommission bezüglich der Anzahl der Kommissare, beim Ministerrat und bei den Regierungschefs problematisch.

Bezüglich der Situation in Bulgarien und Rumänien teilt Herr Wettach mit, dass es dort noch viele Leute gebe, die an ihr Land glauben würden und dort bleiben wollten. Ein essentielles Kriterium für die weitere Entwicklung sei die Rechtstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung.

Er ergänzt, dass wir für eine funktionierende Wirtschaft und ein soziales Europa auch europaweit einen fairen Wettbewerb bräuchten. Hierzu sei in Göteborg durch die 27 Mitgliedstaaten einstimmig beschlossen worden die soziale Säule Europas zu stärken. Die im Lissabonner Vertrag aufgeführten sozialen Rechte sollten auch praktisch gewährleistet werden. Die Absicherung solle durch einen automatischen Stabilitätsmechanismus unabhängig vom Wohnort gewährleistet werden.

Abschließend mahnt er, dass man sich in der Demokratie nicht zu sicher fühlen sollte. Bei den USA wäre man auch davon ausgegangen, dass das System der „Checks and Balances“ Präsident Trump einschränken würde. Es würde sich aber zeigen, dass diese Regeln umgangen werden könnten.

Herr Juratovic erwidert, dass Europa auf dem Papier zwar absolut sozial sei, die Praxis aber anders aussehe. Er erklärt am Beispiel Kroatiens, dass eine Vielzahl der Menschen ihre Berufsausbildung mit der Gewissheit mache, dass es sehr schwierig werde in der Heimat Arbeit zu finden. Wenn man nach Deutschland käme, hätte man es „geschafft“.

Herr Wettach weist darauf hin, dass die öffentliche Hand bei der Vergabe von Aufträgen bereits an Kriterien gebunden sei. Diese würden also nur an Unternehmen vergeben werden, die die vorgegebenen sozialen Standards erfüllen. Er merkt an, dass Deutschland bisher öfter bei finanzpolitischen Fragen blockiert habe. Außerdem stelle die sog. schwarze Null einen Investitionsstau dar.

Herr Juratovic fasst abschließend zusammen, dass ein fairer Wettbewerb mit gleichen Voraussetzungen zur Teilnahme wesentlich für die soziale Ausgestaltung der EU sei. Außerdem müssten die Parteien den

Autokraten nicht als Einheitsbrei, sondern mit ihren unterschiedlichen Positionen entgegenstehen. Die EU müsse sich weiterentwickeln. Eine größere Macht für das Europäische Parlament wäre zu begrüßen.

## Der Mensch, seine Bedürfnisse und Ängste als Triebfeder und Grenze von Politik

Die Moderation übernahm Heinrich Kümmerle, das Protokoll Prof. Dr. Walther Heipertz.

Vorbemerkung: Das Thema kam beim letzten/ersten Hertensteiner Gespräch im Vorjahr auf, als es um die Thematik Migration ging und von fachlich-psychiatrischer Seite, wo Vertreter bei der Diskussion zugegen waren, angemerkt wurde, dass die Dimension der psychischen Verfassung der Menschen in Bezug auf alles, was mit Europa verbunden sein kann, beachtet und möglichst erkannt, benannt und dann adressiert werden sollte.

Es stellte sich zunächst die Frage, ob es irgendwelche „festen“ Ausgangspunkte, Grundtatsachen o.ä. gibt, von denen man ausgehen kann, um sich den im Thema steckenden Herausforderungen annähern, sie begrifflich fassen und vielleicht auch schon erste handlungsrelevante Aufgaben oder Teilaufgaben formulieren zu können. Es ging somit in unserem Gesprächskreis, differenziert man es etwas aus, zunächst mal um - alle denkbaren - menschlichen Aspekte, derentwegen wir uns zum Einen ein einigereres Europa wünschen, die zum Anderen aber auch der Erreichung dessen im Wege stehen.

Zu einigen – immer so oder so emotional „beladenen“ – Aspekten gibt es objektives, anthropologisches oder historiografisches Wissen. Wäre das schlicht weiter verbreitet und verankert, wäre – so die idealistische Idee - manche aktualpolitische Aufregung abgemildert. Es ginge nur noch ums „Wie“, nicht mehr ums „Ob“. Als Beispiel wurde genannt:

- Migration: Faktisch war Migration schon immer ein Grundprinzip menschlicher Existenz; Europa war nie komplett sesshaft, selbst die eigene Biografie bzw. die der Eltern oder Großeltern beinhalten den Lebensortwechsel über große Distanzen, etwa aus dem Osten in den Westen der Republik im Zuge des Krieges oder noch vor dem Krieg usw. Eigentlich wandern alle dahin, wo man glaubt, dass irgendetwas besser geht, eine Konstante menschlicher Existenz.
- Unterschiede zwischen Völkern: Wir alle entstammen dem Homo Sapiens, sind nur äußerlich differenziert. Der Mensch ist eine Art mit fast kompletter genetischer Identität. Gleichzeitig ist aber jeder Mensch ein komplett von jedem Mitmenschen unterschiedenes Unikat in seiner Wahrnehmung durch seine Sinne. Man spricht über das gleiche, jeder nimmt aber anderes wahr und man weiß ja auch überhaupt nicht wirklich, ob der äußere Gegenstand existiert und man das gleiche sieht. Somit ist das – weltpolitisch zwar aus gutem Grund geächtete, sich dem Menschen aber irgendwie doch immer wieder aufdrängende - Konzept naturgegeben differierender Rassen objektiv unsinnig. Es ist objektiv nichts als die falsche ursächliche Verknüpfung der einerseits geopolitisch-historisch und verwandtschaftlich gewachsenen Gemeinsamkeiten fast aller „Dazugehörigen“ (nie aller!) einer Ethnie, eines Stamms, einer Großfamilie (Nation/Volk ist schon fast zu viel!) mit andererseits dem ähnlichem Aussehen der Dazugehörigen (und folglich Unähnlichkeit mit einem selbst bzw. anderen Ethnien, Völkern, „Rassen“). Es geht um so eine Art selbstverständliches Vertrauen, Zusammengehörigkeit, wobei Zusammengehörigkeit ja auch gleich Ausgrenzung beinhaltet. Vielleicht aber auch nur diese „selbstverständliche“ Zusammengehörigkeit?

### Hieraus ergaben sich nun vielfältige Anknüpfungspunkte und Assoziationen

*(Diese Assoziationen waren somit mehr ein Brainstorming, als etwa schon die Abarbeitung einzelner Meilensteine in einem Problemlöse-Prozess - zwischenzeitlich wurde deshalb auch wiederholt geäußert, dass man aus diesem Gesprächskreis vielleicht ein bis auf weiteres bestehendes und nachhaltigeres Format*

*machen sollte, das erlaubt Fortentwicklungen zu identifizieren und zunehmend eingegrenztere Folgefragestellung zur Debatte zu stellen).*

- Geht es überhaupt um Zusammengehörigkeit oder nur um das Gefühl der Zusammengehörigkeit. Das mag zu spitzfindig erscheinen, weist aber doch darauf hin, dass es etwas ist, was erzeugt werden kann, nicht schon da ist (oder eben nicht bzw. nie). Zusammengehörigkeit kann erzeugt werden - mit dem dann eben auch merklichen Gefühl dessen - ,insbesondere wohl durch Integration des Fremden in schon vorgegebene Strukturen. Dies dadurch, dass er selbst in diesen Strukturen sich erhalten, ernähren, überleben, leben kann und will, arbeiten kann (das ist zwar ein unidirektionales Bild der Anpassung des Fremden an das für alle anderen Heimatliche – wir wollten es als primären Ausgangspunkt eines ja nicht so einseitig bleibenden Prozesses aber durchaus stehen lassen!).
- Rationalität ist eine Fähigkeit des Menschen, der im Wesentlichen aber auch irrational funktioniert. „Fakten sind gar nicht so wichtig“. Das sähe man insbesondere am Populismus. Dagegen wurde gehalten, dass diese These des „postfaktischen Populismus“ vielleicht auch inzwischen ein bisschen Mode ist und die Dinge vereinfacht. Vielleicht stimme ja gar nicht, dass Fakten gar nicht so wichtig sind.
- Es wurde bemerkt, dass in dieser Polarität zwischen Fakten und Fakten-Missachtung ja tatsächlich auch eine fragwürdige Anmaßung steckt, zumal der so Sprechende implizit für sich die objektive Sicht der Dinge, eben der Fakten, beansprucht. Vielleicht sollte das Gerangel darum nicht so im Mittelpunkt stehen. Es gehe vielmehr um die - sich nicht nur auf andere, sondern auch reflexiv auf uns selbst ausrichtende – „bestmögliche Eingrenzung“ von Irrationalismus (quasi Emotionalität ganz ohne Rationalität), also die Bekämpfung von Dekompensation. Es gehe um ein – Widersprüche nicht immer gleich lösendes, vielmehr manchmal überhaupt erst zulassendes, erst erträglich machendes und die Aussicht auf positive Lösung freimachendes – „Bevölkerungs-Seelen-Management“. Das sei das „Geschäft“ guter Politik, wie mehr oder weniger demokratisch das für manche auch klingen mag.
- So müsse – im Sinne einer „Sprachregelung“, die von den Hauptakteuren gerade angesichts aktueller, europäischer Dauerflops umso unverdrossener hochzuhalten sei - Europa als Modell für die Welt und uns, als Erfolgsmodell, als stabilisierendes Versprechen gedacht, kommuniziert, gemanagt werden. Ein Modell, das sich ja auch schon bewährt hat. Momentan besteht ja eine furchtbar negative Bewertung, die die tatsächlichen Errungenschaften nicht mehr sieht und so auch die faktische Ursache einfach verschluckt, ohne die diese Errungenschaften gar nicht möglich wären: die somit also sehr wirkmächtige, erfolgreiche, vorwärtsdrängende Energie einer gemeinsamen europäischen Seele, bzw. historischen Zusammengehörigkeit und Verfassung, die sich über Jahrhunderte und durch Krisen geopolitisch eben genauso so geformt hat .... egal sozusagen, was da vorübergehend irgend so ein politischer Abenteurer macht und erzählt! Man soll ihm das sagen – ihn nicht verteufeln, aber zurechtweisen! Das ist sehr handfest und rational. Muss nicht herbeigeredet werden, darf nur nicht zerredet oder den Geiern zum Verzehr überlassen werden.
- Jeder, der nachdenkt, weiß also, dass es - im Interesse des Überlebens nicht nur in einer zwischen Kontinenten konkurrierenden Welt, sondern auch zum Vorteil der gesamten Welt - ohne eine geopolitische Bündelung unserer zusammengehörenden, europäischen Potentiale, mit allen Erkenntnissen und Erfahrungen aus Kriegen und allen kulturellen Errungenschaften für uns und die Welt nicht gut weitergeht. Das ist andererseits kein Automatismus, muss schon herbeigeführt werden. Und würde das vergeigt – das muss man auch neben der frohen Botschaft laut und immer lauter sagen (nur nicht allein!!) – werden wir kein kritisches Gewicht als Kontinent in einer zunehmend kontinental aufgestellten Welt gewinnen (... gerade nicht zum Ziel der kontinentalen Hegemonie, sondern des kontinentalen Einsatzes für weltweit angemessene Subsidiarität – entgegen aktuell vorherrschenden Tendenzen!).

- Auf den einzelnen Menschen rückbezogen heißt das: Europa auch als „Heimat“, als Vertrauensspenderin, als Quelle von Heimlichkeit und Schutzfaktor erleben zu können, ... denn (auch wenn's etwas elitär klingt:) man muss den Menschen so berücksichtigen, wie er ist. Dazu gehört, dass dieser archetypische Europäer Europa einfach nicht vorrangig nur als Klimax des Scheiterns, nicht als nur mühselig erleben darf, nicht nur den zurzeit im Vordergrund stehenden Kampf zwischen Teilen Europas mit den dann ja auch hier realisierten Ausgrenzungsmechanismen und Konzepten ins Wohnzimmer gekabelt bekommen darf, sondern immer auch als das Zentrum, in dem die Lösung entsteht (anstelle eines rückglorifizierten, kleinen Nationalstaats). Die Politiker müssen geschult werden in „guter Popularität“ (ungleich Populismus!). Sie müssen Europa populär machen. Europa muss ein Versprechen zur Schaffung von Übersicht sein.
- Die Rolle von Fakten: Es wurde der Gedanke geäußert, dass die Rolle von Fakten in mancher Hinsicht auch zu groß sei. Vielleicht sind wir durch Medien, Multiplikation an Informationen - und damit verbundener maximaler Empfänger-Quervernetzung/Gleichmachung als Konsument aller Informationen - überfordert, bei gleichzeitig tendenziellem Wegfall der vertikaleren, senioritäts- und autoritätsorientierten „Traditionskonzepte“, die früher ein Individuum an Ort und Stelle bzw. „auf Kurs“ hielten. Man kriegt nichts mehr so einfach vorsortiert, man ist quasi der Breite der Fakten und Unterschiede ausgesetzt. Objektivität heißt dabei dann auch noch zunehmend demonstrative Zurückhaltung im Wort („political correctness“, bei kompensatorisch häufig subtiler Gestik, die mancher mit dem Begriff „Lügenpresse“ quittiert). Der Populismus gibt dieser Verzweiflung angesichts einer Überforderung, die das für viele Menschen sicher bedeutet, eine Stimme mit dem Versprechen von Aktivität und Bewältigbarkeit durch rückgewandtes Auftrumpfen.
- Der „Startvorteil“ des Populismus: Der – aktuell (aus hier nicht zu vertiefenden Gründen) vorherrschende - rechte Populismus hat es leichter (als jede weitere informative Politdokumentation ...), weil er sich mit der unmittelbar authentischen Desorientiertheit und Negativität distanzlos und ohne „Belehrung“ identifiziert, sie betont und die sich abmühenden Strukturen genau dafür noch anklagt. Er behauptet dann schlicht eine tatsächlich offenstehende – natürlich nicht sachlich bis ins Elend hinein durchdeklinierte – Alternative im Zurück zu angeblich besseren Zeiten und Verhältnissen. Die Frage kam dann auf, ob die Anfälligkeit dafür auch mit dem Fehlen einer anderen, verbindlichen „höheren Ordnung“ – wie etwa der Religion - zu tun hat (siehe auch oben das Thema der „vertikaleren“ Strukturen).
- Vermutlich fehlt für den heutigen Menschen noch konstitutiv das verloren gegangene „religiöse Gerüst“. In ihm gehört auch der Benachteiligte dazu, hat seinen - noch so unerfreulichen, aber eben doch vorgesehenen - Platz, ist nicht buchstäblich „abgehängt“. Die Gesamtsituation war in durchgängiger „gläubigen Zeiten“ wohl einfacher, überschaubarer, eben hierarchisch geregelt, und so konnte man sogar auch als explizit Nichtreligiöser - etwa als sozialer Kämpfer der alten Sozialdemokratie – ein damit korrespondierendes Ziel formulieren, das eben der Befreiung von der Herrschaft der Herrschenden. Das geht heute – so einfach - gar nicht mehr. Heute sind diese „Herrschaftsstrukturen“ viel differenzierter. Menschen fühlen sich heute nicht mehr aufgehoben in einer Ordnung, die auch ihre ist, selbst wenn sie ihnen einen ungünstigen Platz zuweist. Andererseits sind es aber gar nicht nur die „Abgehängten“ – evtl. also „verständlicherweise“ (?) Orientierungslosen - , die alles an Europa und der Demokratie rannehmen, um sich in der Verachtung dessen selbst mal ein bisschen aufzubauen. Das machen auch Satierte (Erfahrung eines unserer Teilnehmer bei einem Besuch in Chemnitz und den dort gesuchten und geführten Gesprächen)
- Wie kommen – vielleicht besonders im Osten Deutschlands - auch Intellektuelle, durchaus gehobene Kreise also, z.B. Ärzte, Anwälte usw. dazu? Dies wurde gesehen als Identifikation mit der

Hoffnungslosigkeit der Abgehängten, quasi als Emotionsquelle bzw. Emotionsanleihe für generelle Unzufriedenheit mit der Politik, etwa „Flüchtlingskrise“. Da findet sich manchmal eine trotzig Lust, alles an die Wand zu fahren, nicht aber, weil man gar nichts zu verlieren hat, sondern weil man „selbst darauf schießt“, dass man nichts zu verlieren hat. Generelle „Abrechnung“ mit der Unübersichtlichkeit, auch in Orientierung an die früheren besseren Zeiten. Man will noch oder wieder handeln können, effizient und schnelle, also „kurzer Prozess“. Es kommt zur Guillotinen-Sprache. Und man fühlt sich dann auch noch so schön volksnah, macht sich verbal ja mit denen zusammen die Hände schmutzig. Überlässt das nicht nur „den armen Schweinen“. Eine neue „Solidarität“. Die ist sehr erhebend und motivierend. Eine neue Mission. Ein bisschen wie bei den Pfadfindern. Mal wieder frei sein.

- Gefahr der Demokratie / Bewahrung der Demokratie: Müssen nicht in einem demokratischen System, wo jeder eine Stimme hat, die, die in der Leistungsgesellschaft nicht reüssieren können (warum auch immer: von Nicht-Wollen bis Nicht-Können), aber zumindest ein definiertes Minimum an Leistung doch erbringen, eine deutliche Besserstellung gegenüber der Sozialhilfe erfahren, eben damit sie sich nicht so leicht „abgehängt“ fühlen. Dabei ist zu beachten, dass heute – angesichts ständiger Billigflugreisen nach Malle, Billigstklamotten etc. – schon lange nicht mehr erst der in Not ist, der friert, Hunger hat und keine Wohnung. Man hat Erwartungsstandards bzgl. „Guter Lohn für gute Arbeit“ (egal wie gut letztere wirklich ist). Das Sozialhilfeniveau oder Hartz IV mit allem Drum und Dran reichen zwar zum Leben - und so bräuchte auch der Lohn niederer Arbeit eigentlich nicht höher sein - , es erscheint aber ungerecht und das zählt! Wer aber „überhaupt noch bereit ist“, als Unqualifizierter zu arbeiten - obwohl ihn kaum jemand haben will und er angesichts gegebener Grundversorgung gar nicht unbedingt müsste – , muss allein für diese Bereitschaft gratifiziert werden. Das wirkt einerseits wie bloße Taktik und Bestechung, ist andererseits aber auch nur menschlich, also „soziale Marktwirtschaft“ eben. Vielleicht muss auch das wieder beachtet werden und vielleicht machen das manche Länder in Europa, die es ja immerhin auch noch immer gibt (und zwar nicht nur von Deutschlands Gnaden), sogar richtiger als wir. Vielleicht braucht es da gegenseitiges Lernen. Eine europäische Sozial- und Wirtschaftspolitik muss die Mehrheit so leben lassen, dass sie sagen kann, dass dies ihr Land, ihr Europa ist! Das geht nicht einfach, denn für viele ist es nie genug (ist ja auch schwer auf niedrigem Niveau), aber es muss merklich weniger geben, die gleich mit den ganz tief Gefallenen gleichziehen!
- Es wurde aber auch darauf aufmerksam gemacht, dass viele der Abgehängten dies nicht nur deshalb sind, weil sie schlecht gestellt sind und wenig Chancen haben. Es gäbe in der heutigen Gesellschaft auch ein sehr schlechtes Benehmen/diskriminierenden Umgang gegenüber sozial Schwächeren, was sie unmittelbar kränkt, aber auch mit ein Grund für mangelnde Chancen sein kann, wieder auf die Beine zu kommen (etwa auch monomorpher, computermäßiger Umgang mit Bewerbungen auf Basis negativer, vorbestimmter Kriterien, wie Wohnort usw.). Was ist an Mitmenschlichkeit verloren gegangen, was könnte man damit Europa verbinden und durch Europa verbessern, vielleicht auch durch den Dialog zwischen den Staaten, der auch demonstrativ von mehr Vertrauen geprägt sein könnte/sollte. Die Liebe zu fremden Kulturen wird von den Offiziellen oft in Sonntagsreden beschrieben, man hat aber nicht das Gefühl, dass die Unterschiedlichkeit tatsächlich produktiv in Kompromisse/Neues für alle transformiert wird. Soweit das geschieht, wird dies nicht deutlich. Die Kommunikation läuft eher auf das Herstellen von Heimlichkeit durch abgrenzendes Wiedererkennen bisheriger Werte hinaus, nicht auf ein behutsames Weiterentwickeln der Heimlichkeit in erhaltener Sicherheit im Rahmen einer guten Perspektive, die auch Änderungen enthält. Das würde gesamtheitlich und wechselwirkend den Respekt zwischen Staaten, Völkern, Gruppen und auch Menschen unterschiedlicher sozialer Schicht fördern. Es berührt idealtypisch so allerdings nur die – „pädagogisch wertvolle“ - Frage nach verbindlicherer Rücksicht des einen Individuums auf das andere, kann aber auch „krasser“ formuliert werden.



## Hertensteiner Gespräche – 2. Hertensteiner Gespräche vom 22. bis 23. September 2018

- Haben wir uns angewöhnt, zu viel allein vom Individuum ausgehen zu lassen? Selbst die klassische Familie ist da in den letzten Jahren etwa zurückgetreten. Es gibt aber auch – quasi ganz entgegengesetzt – das soziologische Konzept vom Einzelmenschen als Zelle eines Superorganismus. Sind wir Menschen mit unserem Ich also eigentlich nur eine Art von - über eine Lebensphase dieses Ich sich eben formierende – Ausstülpung aus dem gesamten menschlichen Lebenskontinuum? Der Gedanke schien uns interessant, ohne dass aktuell mehr als ein paar Assoziationen dazu aufkamen. So u.a. die Frage: Warum – wenn es so sein sollte – schreckt uns das so ab? Antwort: Angst vor Fremdbestimmung, also wieder eine Verabsolutierung meiner Individualität?! Wie sehr ist das aber Ideologie und Täuschung? Wie sehr würden Selbstbewusstsein und – wirkliche (!) – Selbstbestimmung vielleicht sogar zunehmen, wenn wir den Kern dieses Modell verstehen und “leben”? Vielleicht würde die Besinnung auf „eingreifend Über- und Zwischenindividuelles“ mit der Wiederwahrnehmung und dem Wieder-Ernstnehmen zusammenführender und ordnungschaffender Institutionen einhergehen, ihre Wertschätzung wieder fördern und damit auch ihr Funktionieren.
- Man kann nicht durch bloß-theoretische Erkenntnisse über diesen Superorganismus oder deren Verbreitung eine Wirklichkeit erzeugen, die dem dann auch besser entspricht. Dieses Überindividuelle muss vielmehr unmittelbar Erlebtes sein, in Form etwa der Vermeidung von Not und so der Schaffung von „commitment“. Dass Europa da im Moment ganz schlecht abschneidet - als Konzept der Hoffnung und der Zukunft - liegt auch daran, dass es seitens der Mitgliedstaaten schändlicherweise dazu verdammt ist, für das zu figurieren/herzuhalten, was auch institutionell immer nur „dazukommt“/draufgeladen wird. Nationalstaaten behalten ihre Regeln, europäisches Recht muss sich darüberstülpen und Nationalstaaten modifizieren dann rum, bauen Mist und „entschuldigen“ sich buchstäblich bei ihrer Bevölkerung für die Defizite mit dem Verweis auf das „verkomplizierende“ Europa. Das ist eine gefährliche Schande. Wir sollten uns das verbitten und ihnen auf die Griffel klopfen.
- Gute Politik werde auch durch zu viel Lobbyismus behindert. Dies wurde zwar allseits so gesehen, es fragt sich aber, was „zu viel“ ist bzw. ob Lobbyismus nicht auch so flankiert werden könnte, dass seine Vorteile überwiegen. Auf jeden Fall ist er zur Zeit (siehe etwa Autoindustrie etc.) eine Quelle des Misstrauens der Menschen in die Politik, gefördert natürlich auch durch - zum Glück – „ungebremst“ berichtende Medien (wobei auch hier immer noch zu sehr dann die – vermeintlich sich selbsterklärenden – „Fakten“ für sich stehen; dies aber weniger, weil es keine Hintergrundberichte (Pro und Contra) gäbe, sondern weil der Glaube und damit auch die Aufnahmebereitschaft gegenüber den Medien einfach nicht mehr so da ist; vermutlich wird auch einfach zu viel Aufmerksamkeit absorbiert von anderen digitalen und sonstigen Angeboten, die den Menschen (ganz entgegen seinem Teilsein im Superorganismus) zunehmend neben seine Welt, sein Land, die ihn bestimmende Politik, auch seine Mitwirkungsrechte stellt ... Neues Thema: Medienkonsum!). Wäre mehr „kooperative“ Teilnahme und Teilhabe der Menschen in ihrem eigenen demokratischen Prozess da, würde man etwa Abgeordnete so stellen - auch in Bezug auf Hilfen bei Nichtwiedergewähltwerden - , dass sie die Verbände und Lobbyisten durchaus schadlos empfangen können (was sie ja auch müssen für die Gestaltung von Politik).

Grob-schlagwortartig wurden am Ende aus dem Gespräch erste Ansatzpunkte/Hebel für das Erreichen und Wiedergewinnen von Menschen für den europäischen Gedanken und seine weitere Umsetzung in Europa abgeleitet:

- „**Unterschicht-Besserstellung**“
- Den unbegründet feixenden **Saturierten** durch Kreativität, Witz und Handlungsfähigkeit die Lust nehmen.

- Mehr europaschonende und Europa konkret im Fortschritt präsentierende – nicht nur sonntagsfeiernde und Europa als Sündenbock einsetzende – **nationale Politik**.
- Vermeidung von gebremster Empörungskultur in den **Medien** bzw. nicht zu viel moralisches Bloßstellen des Populismus – mehr Enttarnung durch kluge Interviews; die Medien dürfen nicht nur Fakten aufzählen, sondern sollten quasi liebevoll, innovativ und proaktiv für das Nachdenken werben - mit Sichtbarmachen eigener Gedankengänge, also ohne eine artifizielle Objektivität, hinter der dann – bewusst oder schon als Stil inkorporiert – doch etwa der Nichtdemokrat diskreditiert werden soll; dies ist kontraproduktiv, denn ein denkfauler/denkentwöhnter, aber dennoch umso sensiblerer Medienkonsument des unteren Niveaus identifiziert sich umgehend mit dem so ebenfalls „Abgehängten“; wichtiger denn je ist also die bessere, engagierte Professionalität aller Medienschaffenden.

## Fazit & Ausblick

Die 2. Hertensteiner Gespräche haben erneut ihr Ziel erreicht.

Es werden weiterhin bewusst keine endgültigen Ergebnisse erwartet, dies wäre auch innerhalb der ersten Gesprächsreihe 1-10 noch viel zu früh!

Die erneut langandauernden, vielfältigen und sehr engagiert geführten Diskussionen der 2. Hertensteiner Gespräche haben erneut gezeigt, dass selbst drei Stunden Diskussion sehr schnell vorbei sein können.

Deswegen ist es unsere Absicht:

- Wir bieten den bisherigen Moderatoren an, die kommenden Gespräche in ihrem Themengebiet fortzuführen.
- Herr Prof. Dr. Walther Heipertz, wird sich dem vierten Thema zukünftig auch als Moderator zur Verfügung stellen.
- Wir bieten der UEF, EUD und JEF an, sich verstärkt bei den kommenden Gesprächen einzubringen.
- Wir sind bereit, ein fünftes Thema mit anzubieten.
- Wir sind gegenüber der Beteiligung von weiteren Verbänden offen.
- Wir planen zukünftig unser Rahmenprogramm mehr auf die Bedürfnisse der Diskutanten abzustimmen.
- Wir prüfen, wie die bereits erzielten und zukünftigen Ergebnisse (Protokolle) einer interessierten Öffentlichkeit und vor allem auch den Gesprächsteilnehmern der Hertensteiner Gespräche zur Verfügung gestellt werden können.
- Wir versuchen auch, die historische Komponente des Europäischen Föderalismus zusätzlich bei den 3. Hertensteiner Gesprächen vom 21. und 22. September 2019 mit abzudecken.

Anmerkung: Der Bundesausschuss der Europa-Union Deutschland beschloss am 17. November 2018 in Berlin unter anderem das Folgende:

### Europa neu beflügeln: Ein Kernszenario für die Zukunft

Die Europa-Union Deutschland setzt sich seit mehr als 70 Jahren für eine Politische Union als wesentlichen Schritt zu einem Europäischen Bundesstaat ein. Mit Blick auf das 2017 von der Europäischen Kommission veröffentlichte Weißbuch zur Zukunft Europas orientiert sich unser Verband dabei klar am fünften skizzierten Szenario „Viel mehr gemeinsames Handeln“.

Jedoch erscheinen in der Europäischen Union mit wahrscheinlich bald nur noch 27 Mitgliedern angesichts europaskeptischer Regierungen in mehreren EU-Staaten und teilweise eklatanten Verstößen gegen die Werte der Union auf nationaler Ebene ambitionierte und föderalistische Integrationschritte hin zu einem Europäischen Bundesstaat zunehmend unwahrscheinlich.

Daher spricht sich die Europa-Union Deutschland für ein zeitnahes konstitutives Vorgehen williger Mitglieder der Wirtschafts- und Währungsunion zur Schaffung einer Politischen Union aus. Dies kann entsprechend Szenario drei des Weißbuchs „Wer mehr will, tut mehr“ geschehen, also im Wege verstärkter Zusammenarbeit.

Die Politische Union muss prinzipiell allen EU-Staaten offenstehen, die auch zu einem späteren Zeitpunkt eine entsprechende Entscheidung treffen. Damit knüpft die Europa-Union gewissermaßen an die Kerneuropa-Debatte an, ohne sie sich zu eigen zu machen. Ziel sind pragmatische Lösungsvorschläge einer notwendigen vertieften Integration mindestens im Rahmen der Eurozone. Voraussetzungen für die Beteiligung an dieser Politischen Union sind der Euro als Währung und die unbedingte Einhaltung der Unionswerte wie auch der europäischen Grundrechtecharta, verbunden mit einer zuständigen und anerkannten Gerichtsbarkeit durch den Europäischen Gerichtshof.

Die Europa-Union ist sich dessen bewusst, dass zugleich die gesamte EU in ihrem Zusammenhalt zu festigen bleibt. Dabei kommen der Sicherheitspolitik sowie der Stärkung des Binnenmarkts in den Bereichen Energie, digitale Technologien, Bildung und Infrastruktur besondere Bedeutung zu.

Eine verbandsoffene Projektgruppe der Europa-Union bereitet auf der Grundlage dieses Beschlusses eine politische Kampagne für die Zeit nach der Europawahl und mit Blick auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2020 vor. Bei der Erarbeitung dieser Kampagne soll die für die Europawahl entwickelte „Europa Machen“-Kampagne berücksichtigt werden.